

Absender

Eingangsstempel

 Landesförderinstitut
 Mecklenburg-Vorpommern
 Postfach 16 02 55
 19092 Schwerin

Aktenzeichen

MP

-

-

Nur von der Bewilligungsbehörde auszufüllen!

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Förderung von Unternehmensnachfolgen, Neugründungen oder tätigen Beteiligungen im Handwerk in M-V (Meisterprämie)

Antrag bitte vollständig ausfüllen!

 Bei bitte Zutreffendes ankreuzen!

Hinweis: Der Antrag ist beim **Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern (LFI M-V)** einzureichen. Der Antrag muss alle zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten. Zusätzliche Unterlagen sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Diese entscheidet über Förderfähigkeit, Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter.

1. Antragsteller

1.1 Name des Antragstellers

1.2 Straße

1.3 Nr.

1.4 Postleitzahl

1.5 Ort

1.6 Ansprechpartner

1.7 E-Mail

1.8 Telefon

1.9 Mobiltelefon

1.10 Zuständiges Finanzamt

1.11 Steuernummer

1.12 Steuer-ID (bei natürlichen Personen)

1.13 Geburtsdatum

1.14 Abgelegte Meisterprüfung/Bezeichnung Abschluss _____

<input type="checkbox"/> Nach Handwerksordnung	am _____
<input type="checkbox"/> Industriemeister	am _____
<input type="checkbox"/> Hoch- oder Fachschulabschluss	am _____
<input type="checkbox"/> Ausnahmegewilligung der HWK bis zum Abschluss der Meisterprüfung	am _____

2. Auswahl des Fördergegenstandes

Antrag auf **Basisförderung** (Stufe 1) für

- Unternehmensnachfolge
- Tätige Beteiligung
- Unternehmensneugründung

3. Angaben zum Unternehmen (Unternehmensnachfolge/Neugründung/tätige Beteiligung)

3.1 Angaben zum Zeitpunkt
Die erstmalige Gründung ist geplant zum (TT.MM.JJJJ) _____

Handelt es sich um eine für Sie erstmalige Existenzgründung?
(gemäß Richtlinie Nummer 7.1.3.d) Ja Nein

Die erstmalige Existenzgründung wird im Haupterwerb betrieben (Voll-
existenz)? (gemäß Richtlinie Nummer 7.1.3.d) Ja Nein

Nur für tätige Beteiligung: Werden Sie neu zum Geschäftsführer bestellt? Ja Nein

Nur für tätige Beteiligung: Welcher Anteil am Stammkapital (in %) wird
übertragen? _____

3.2 Name des Unternehmens (bei Neugründungen ggf. nur Name des Gründers)

3.3 Geschäftsgegenstand

3.4 Einordnung des Handwerks gemäß Gesetz zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) in
 Anlage A Anlage B1 Anlage B2

3.5 Rechtsform des zu übernehmenden bzw. zu gründenden Unternehmens (z. B. Einzelunternehmen)

3.6 Vor- und Zuname des Verkäufers bzw. ehemaligen Gesellschafters (nur bei Unternehmensnachfolge und tätiger Beteiligung)

3.7 Betriebsanschrift des zu übernehmenden Unternehmens (nur bei Unternehmensnachfolge und tätiger Beteiligung)	
3.7.1 Straße	3.7.2 Nr.

3.7.3 Postleitzahl	3.7.4 Ort
--------------------	-----------

3.8 Angaben zu weiteren Fördermitteln bzw. Leistungen

Wurden öffentliche Leistungen zur Finanzierung des Lebensunterhalts, insbesondere nach dem Zweiten und Dritten Sozialgesetzbuch beantragt bzw. erhalten? Ja Nein

Falls ja, sind diese Leistungen hier zu benennen

Gemäß Nummer 4.5 Buchstabe a) der Richtlinie ist bei einer zeitgleichen Kombination mit anderen öffentlichen Leistungen zur Finanzierung des Lebensunterhalts, eine Förderung mit der „Meisterprämie“ ausgeschlossen.

3.9 Angaben zu den Arbeitsplätzen (nur bei Unternehmensnachfolge und tätiger Beteiligung)

3.9.1 Anzahl der sozialversicherungspflichtigen (sv-pflichtigen) Beschäftigungsverhältnisse im zu übernehmenden Unternehmen vor der Übernahme (ohne im Unternehmen tätige Inhaber, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende, geringfügig Beschäftigte) _____

Davon sollen im Zuge der Unternehmensübernahme erhalten werden _____

Davon sv-pflichtige **Vollzeit**beschäftigungsverhältnisse _____

3.9.2 Sind Sie derzeit in dem zu übernehmenden Unternehmen (gem. Punkt 3.2) sv-pflichtig beschäftigt? Ja Nein

4. Anlagen zum Antrag

Dem Antrag sind folgende, aktuelle Unterlagen (soweit zutreffend) beizufügen:

- Nachweis über die abgeschlossene Meisterprüfung oder den nach § 7 Absatz 2 der Handwerksordnung gleichwertigen Abschluss oder die Ausnahmegewilligung der Handwerkskammer zu vorübergehender Ausübung der Tätigkeit bis zum Abschluss der Meisterprüfung
- Beidseitige Kopie des gültigen Personalausweises (wobei nicht zur Identitätsfeststellung erforderlichen Daten geschwärzt werden dürfen)
- Fachliche Stellungnahme der zuständigen Handwerkskammer gemäß Nummer 7.1.3 Buchstabe c)
- De-minimis-Erklärung
- Gültiger Aufenthaltstitel soweit nach Nummer 4.1 Buchstabe b) erforderlich

Über den Antrag kann erst abschließend entschieden werden, wenn alle geforderten Unterlagen vorliegen. Die Einholung weiterer Auskünfte und Unterlagen zum Zwecke der Entscheidung über den Förderantrag bleibt der Bewilligungsbehörde vorbehalten.

5. Hinweise/Erklärungen

- 5.1 Der Antragsteller erklärt, mit dem Vorhaben nicht vor Antragseingang begonnen zu haben. Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass als Vorhabenbeginn für die Unternehmensnachfolge und Unternehmensneugründung der Zeitpunkt des Beginns der gewerblichen Tätigkeit (gemäß Gewerbeanmeldung) in dem übernommenen Betrieb maßgeblich ist. Bei der tätigen Beteiligung gilt als Vorhabenbeginn das Datum des die tätige Beteiligung nachweisenden Gesellschafts- oder Kaufvertrags.
- 5.2 Der Antragsteller hat mit dem Verwendungsnachweis die Möglichkeit eine Arbeitsplatzförderung in Höhe von 2.500,00 EUR zu beantragen, wenn er nachweisen kann, dass mindestens ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis in branchenüblicher Vollzeit für mindestens zwölf Monate zusätzlich geschaffen wurde. Dies trifft auch für Neugründer zu.
- 5.3 Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass vorsätzlich oder leichtfertig gemachte falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Betrugs (§ 263 StGB) oder Subventionsbetrugs (§ 264 StGB) zur Folge haben können. Folgende im Antrag anzugebende Tatsachen sind subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB:
- Angaben zum Antragsteller und zum Zuwendungsempfänger
 - Angaben zum Vorhaben (einschließlich Angaben zum Beginn des Vorhabens)
 - Angaben zu den Ausgaben und der Finanzierung
 - Angaben, die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind
 - Angaben, die Gegenstand der dem Antrag beizufügenden Unterlagen sind
 - Angaben zur Verwendung der Zuwendung
- Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 1 SubvG M-V i. V. m. § 4 SubvG).
- 5.4 Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant wird und durchgeführt werden wird.
- 5.5 Der Antragsteller erklärt, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung über sein Vermögen kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist.
- 5.6 Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass das Landesförderinstitut M-V als mitteilungs-pflichtige Stelle bei Bestehen der Mitteilungspflicht nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 8 Abs. 2 der Mitteilungsverordnung den Finanzbehörden Daten über die Zuwendung und den Zuwendungsempfänger (Name, Vorname, Firma, Anschrift, Steuernummer, Geburtsdatum, Grund, Höhe und Tag der Zahlung) mitteilt.
- 5.7 Der Antragsteller versichert, dass er alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheitsgetreu vorgenommen hat. Über jede wesentliche Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens und der vorgenannten Angaben während des Antragsverfahrens wird der Antragsteller unaufgefordert berichten.
- 5.8 Hinweise zum Datenschutz
Die auf der Website des LFI M-V zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit seinen personenbezogenen Daten und zu seinen Rechten hat der Antragsteller zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift/en